

Liebe Leserin, lieber Leser,

zu den Anliegen, die ich in meinem roten Rucksack mit nach Hannover genommen habe, gehört der Vorrang des Gesundheits- und Trinkwasserschutzes vor der Erdgasförderung. Mich freut sehr, dass der Landtag den von mir iniitierten Entschließungsantrag zu diesem Thema beschlossen hat. Das ist ein großer Fortschritt - weitere Schritte müssen folgen (mehr Infos auf Seite 4).

Das Dezember-Plenum des Niedersächsischen Landtags hatte einen klaren Schwerpunkt: den Landeshaushalt für 2020. Mit den beschlossenen Investitionen in den Klimaschutz, in Bildung und ein gutes Zusammenleben wollen wir Niedersachsen noch zukunftsfester machen - auch unsere Region kann davon profitierten (mehr dazu auf Seite 2). In dieser spannenden Zeit hat mich Emily Karius aus Verden, die bei "Fridays For Future" aktiv ist, im Rahmen eines Praktikums begleitet und tatkräftig unterstützt. Wie Emily die Arbeit im Landtag und in den Landkreisen Verden und Rotenburg erlebt hat, schildert sie auf Seite 3.

Viel Freude beim Lesen dieses Newsletters! Rückmeldungen und Anregungen nehme ich wie immer gern entgegen. Nach einem intensiven politischen Jahr 2019 möchte ich Ihnen und Euch allen hiermit aber vor allem von Herzen schöne und erholsame Festtage, eine besinnliche Zeit "zwischen den Jahren" und natürlich einen guten Start ins Jahr 2020 wünschen!

Herzliche Grüße

Dirte Sitt &

NEUES RUND UM DEN LANDTAG

DER LANDESHAUSHALT 2020

BILDUNG

Für die Berufsschulen in Verden und Rotenburg ist es wichtig, dass wir rund 65 Millionen Euro landesweit zusätzlich für 2020 bereitstellen. Von Erwachsenbildungseinrichtungen aus der Region war mir der Hinweis gegeben worden, wie wichtig eine bessere Förderung sei. Dass wir die Finanzhilfe um 2 Mio. Euro landesweit erhöhen, wird nicht nur der Kreisvolkshochschule Verden. der Ländlichen wachsenenbildung und der Ev. Erwachsenenbildung helfen. Zur Stärkung der Schulsozialarbeit und zum Ausbau multiprofessioneller Teams für die Inklusion in den Schulen schaffen wir landesweit zusätzlich hundert pädagogische Stellen.

Dem SPD-Ziel gute Bildung für alle, unabhängig vom Wohnort und dem Geldbeutel der Eltern, kommen wir Schritt für Schritt näher.

KLIMA & UMWELT

Wir ermöglichen Investitionen im Wert von insgesamt 140 Mio. Euro in den Klimaschutz. Die Mittel für den Neubau von Radwegen entlang von Landesstraßen werden jetzt auf 10 Mio. verdoppelt. Für die Radwegesanierung bleibt der vor einem Jahr verdoppelte Betrag von 10 Mio. erhalten. Für die Wiederaufforstung der Landesforsten werden 7,5 Mio., für andere Wälder 10,7 Millionen Euro bereitgestellt. Wir haben ein Agrarinvestitionsförderprogramm in Höhe von rund 14,2 Mio. Euro beschlossen, das Unterstützung bieten kann, die vielfach von der Gesellschaft eingeforderten höheren Standards bei Tierschutz und Umweltschutz leichter umzusetzen. Außerdem fördern wir u. a. Projekte zur Bekämpfung von Mikroplastik in Lebensmitteln. Auch ein Förderprogramm für Projekte zur besseren Speicherung von Wasser für Dürrezeiten in Höhe von insgesamt 2,6 Mio. Euro haben wir beschlossen.



Im Gespräch des SPD-Arbeitskreises Haushalt und Finanzen mit dem Landesvorstand der Steuergewerkschaft ging es es darum, wie Fachkräfte im öffentlichen Dienst gehalten und neu gewonnen werden können. Mit dem Haushalt 2020 haben wir nun ein "Programm zur Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes" von 60 Millionen Euro beschlossen. Damit ist auch ein Wiedereinstieg in Sonderzuwendungen für Beamtinnen und Beamte (Stichwort "Weihnachtsgeld") geschafft.

ZUSAMMENHALT

Um den Zusammenhalt vor Ort zu stärken, wird nicht nur die Sportförderung um 650.000 Euro im kommenden Jahr erhöht. Mit Mitteln in Höhe von 2,5 Millionen Euro fördern wir Investitionsprogramme für kleinere Kultureinrichtungen und die Soziokultur. Die Wohlfahrtsverbände bekommen ab 2020 1.5 Mio. mehr als bisher und erhalten so mehr Planungssicherheit. Seitdem vor einiger Zeit eine Pflegekammer für Niedersachsen gegründet worden war, um Pflegende besser zu vertreten, gab es Kritik am Pflegekammerbeitrag. Damit sich die Pflegekammer künftig auf eine starke Vertretung der Pflegenden konzentrieren kann, haben wir im Landtag beschlossen, 6 Mio. Euro im Jahr in die Beitragsfreiheit der Pflegekammer zu investieren. Von gut vertretenen Pflegekräften profitieren alle!

NEUES RUND UM DEN LANDTAG

PRAKTIKUMSBERICHT



"In den vergangenen vier Wochen habe ich ein Praktikum bei der SPD-Landtagsabgeordneten Dörte Liebetruth absolviert. Das Praktikum gab mir spannende Einblicke in die Arbeit einer Landtagsabgeordneten sowie in den parlamentarischen Prozess des Niedersächsischen Landtags. So konnte ich mehrere Plenarsitzungen live mitverfolgen und durfte Dörte in den Umweltausschuss, den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und in den Europaausschuss begleiteten. Ich konnte dadurch miterleben, wie Politik praktisch umgesetzt wird. Es beeindruckte mich, wie viel Aufwand und Vorbereitung hinter einzelnen Beschlüssen steckt und wie zeitintensiv die Arbeit einer Abgeordneten ist. Hinter jeder guten Abgeordneten steckt auch ein Büro, welches sich um die Organisation des Arbeitsalltages kümmert. Deswegen habe ich mir auch die Arbeit im Bürgerbüro von Dörte in der Verdener Innenstadt angeguckt und bei der Pressearbeit sowie der Terminnachbereitung mitgeholfen. Auch bei Terminen in den Landkreisen Verden und Rotenburg durfte ich dabei sein. In den vielen Gesprächen wurde deutlich wie sehr sich Dörte für die Anliegen der Menschen einsetzt und diese nach Hannover trägt, um ihnen dort Gehör zu verschaffen. Ich kann allen Politikinteressierten ein Praktikum bei Dörte nur empfehlen!"

Emily Karius, 19 Jahre, Verden

LANDTAGSBESUCH AUS DER HEIMAT

Die Beratungen zum Landeshaushalt 2020 konnten kurz vor Weihnachten 35 Kreisverdenerinnen und Kreisverdener miterleben, darunter Mitglieder der Zeitgeschichtlichen Werkstatt Wittlohe und weitere Interessierte aus Achim, Verden und Umgebung. Anschließend stand ich Rede und Antwort zu Themen wie der Erdgasförderung, der Energiewende, der Verkehrssituation im Landkreis und dem Bau eines Radschnellweges zwischen Uphusen und Verden. Vielen Dank für den Besuch und das gute Gespräch! Wer im Jahr 2020 gern den Landtag besuchen möchte, kann sich ab 6.1.20 anmelden (Kontaktdaten s. unten).



l

AUS DER REGION, FÜR DIE REGION

GESUNDHEITS- & TRINKWASSERSCHUTZ VOR DER ERDGASFÖRDERUNG

Der Trinkwasserschutz muss Vorrang bekommen vor der Erdgasförderung! Seit mir dieses Anliegen von Bürgerinitiativen mit in meinen roten Rucksack gegeben wurde, setze ich mich mit Nachdruck dafür ein. 2017 war es mir gelungen, den Vorrang des Trinkwasserschutzes zuerst im SPD-Regierungsprogramm und dann im rot-schwarzen niedersächsischen Koalitionsvertrag zu verankern. Auf langjährigen gemeinsamen Druck von Bürgerinitiativen und Politik hin (siehe Fotos rechts) hat Wintershall Dea vor kurzem das geplante neue Bohrvorhaben im Verdener Wasserschutzgebiet Panzenberg aufgegeben. Wie der Vorrang des Gesundheits- und Trinkwasserschutzes künftig landesweit besser durchgesetzt werden soll, dazu hat der Landtag auf meine Initiative hin im Dezember konkrete Schritte beschlossen:

Der Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf in den Bundesrat einzubringen, demzufolge künftig alle Erdgas- und Erdölbohrungen unabhängig von ihrer Fördermenge oder Tiefe einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden sollen. Bis Bundesrecht entsprechend geändert ist, gilt seit 16.12.2019 Übergangsregelung für Wasserschutzgebiete. Dort haben wir in Niedersachsen seitdem eine De-Facto-Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Das aus meiner Sicht notwendige Verbot der Erdgasförderung in Wasserschutzgebieten wird Thema im Dialog des Niedersächsischen Umweltministeriums mit Umweltverbänden, Wasserwirtschaft Erdgasindustrie bleiben. Ebenfalls macht sich der Landtag für eine Änderung des Bundesberggesetzes stark. Diese soll, wie von Bürgerinitiativen vielfach gefordert, eine Öffentlichkeitsbeteiligung vor der Erteilung von Erlaubnissen zur Aufsuchung von Erdgas oder Erdöl verpflichtend machen.

Die Landesregierung wurde vom Landtag aufgefordert, zeitnah wirksame Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Erdbeben vorzulegen, die durch Erdgasförderung hervorgerufen werden. In Bezug auf die Sicherheit bestehender Förderplätze hat der Landtag in seiner heutigen Sitzung die Landesregierung zu einer Initiative aufgefordert, die Sicherheit aller bestehenden Erdgas- und Erdölbohrplätze zu erhöhen und für ein repräsentatives Monitoring der dort entstehenden Emissionen zu sorgen.







Bislang gilt für Erdgasförderstätten ein Mindestabstand von 100 bis 200 Metern zu Wohnhäusern. Vor dem Hintergrund der Abstandsstudie zum möglichen Zusammenhang zwischen der Häufung hämatologischer Krebserkrankungen und der Wohnortnähe zu Erdgasförderstätten fordert der Landtag nun die Landesregierung auf, eine Erhöhung des Mindestabstandes auf 2.000 Meter zur Wohnbebauung zu prüfen.